

Weiter nur Mangel verwalten ?

In Bremen leben ca. 10.000 Vermögensmillionäre mit einem geschätzten Vermögen von über 25 Mrd. Euro. Die Einkommen aus Vermögen sind zuletzt in Bremen um 36,6 Prozent gestiegen. Das ist deutscher Spitzenwert - weit vor Bayern.

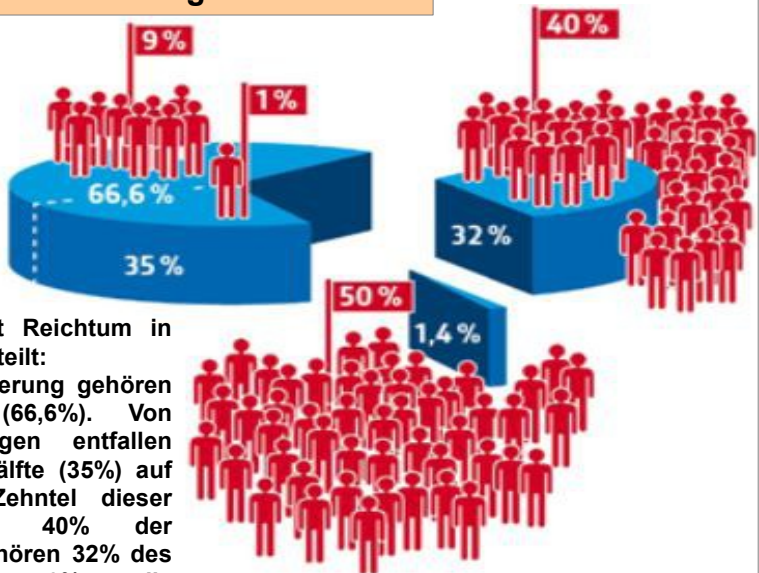
Gleichzeitig ist fast jedes dritte Kind in Bremen von Armut bedroht. 23,1 Prozent der Bremerinnen und Bremer sind armutsgefährdet. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander.

Bremen hat heute 20% weniger Einnahmen als 1992 – durch die Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte. Der Schuldenstand ist auf 19 Milliarden Euro angewachsen, etwa 600 Millionen Euro müssen pro Jahr nur für Zinsen gezahlt werden. Geld, das für nötige öffentliche Aufgaben fehlt. Und laut „Schuldenbremse“ darf das Land Bremen ab 2020 keine neuen Kredite mehr aufnehmen.

Wie soll das gehen, ohne weiter bei Bildung, Soziales, Verkehr und anderen öffentlichen Ausgaben zu kürzen?

**Unsere Schuldenbremse
heißt UmFairteilen.
Reichtum stärker besteuern.**

Privater Reichtum in wenigen Händen



So ungleich ist Reichtum in Deutschland verteilt:

10% der Bevölkerung gehören zwei Drittel (66,6%). Von diesem Vermögen entfallen mehr als die Hälfte (35%) auf das reichste Zehntel dieser Gruppe (1%). 40% der Bevölkerung gehören 32% des Vermögens. Für 50% - die Hälfte der Bevölkerung - bleiben magere 1,4%.

Im folgenden stellen wir an 4 Beispielen finanziellen Mehrbedarf für notwendige öffentliche Aufgaben dar. Mit einer Schuldenbremse, die nur öffentliche Ausgaben bremst statt die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen, ist da nicht viel zu machen:

Öffentliche Aufgabe:
Gute soziale und gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung und angemessene Bezahlung der darin Beschäftigten

Bremen hat 51 210 Erwerbstätige im Sozial-, Gesundheitswesen und im Erziehungsdienst, davon 23 757 in Teilzeit. Die meisten sind Frauen. Zumeist gibt es keine Tarifverträge und wenn doch, ist die Eingruppierung schlecht und der Verdienst liegt meist weit unter dem Durchschnitt. Überall gibt es Fachkräftemangel, die Berufe scheinen für junge Leute aufgrund der schlechten Bedingungen nicht mehr attraktiv zu sein. Anstatt als Arbeitgebervertreter in Verhandlungen die Kosten und Tarife weiter runter zu verhandeln, sollte das Land Bremen ausreichend Geld für diese Aufgaben bereitstellen. Mit den bisherigen Haushaltsmitteln ist das nicht zu machen. Deshalb:

Vermögen in Verantwortung nehmen – Reichtum besteuern!

Öffentliche Aufgabe: Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Zahl der Sozialwohnungen nimmt in Bremen dramatisch ab. Gab es 1991 noch 61.300 Sozialwohnungen, werden es 2020 nur noch 5.000 sein – und das bei steigendem Bedarf: Die Zahl der Geringverdiener und Altersarmut steigt, Obdachlose und Flüchtlinge müssen menschenwürdig untergebracht werden. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum durch

- Neubau von Sozialwohnungen
- Sicherung von Sozialbindungen von bestehenden Wohnungen
- Mittel für Rückkauf privatisierter Wohnungen (durch GEWOBA),
- Mittel für Nutzung leerstehender Immobilien zu Wohnraum.

Mit bisherigen Haushaltsmitteln ist das nicht zu machen. Deshalb:

Vermögen in Verantwortung nehmen – Reichtum besteuern.

Öffentliche Aufgabe: Gebäude, Straßen, Brücken instand halten

„Arm sein kommt teuer“, wenn in Bremen mangels Geld notwendige Reparaturen ausbleiben und die Schäden immer weiter anwachsen. Im Straßenbau hat sich der Sanierungsbedarf in den letzten sechs Jahren auf rund 120 Millionen Euro mehr als verdoppelt. Die offensichtlichen Schäden an öffentlichen Gebäuden betragen rund 180 Millionen Euro. So mussten schon eine Schule und mehrere Turnhallen wegen Bauschäden gesperrt werden. Viele Hafenanlagen haben ihre rechnerische Nutzungsdauer deutlich überschritten. In Summe geht der Landesrechnungshof von einem Sanierungsstau von mehr als einer halben Milliarde Euro aus. Mit bisherigen Haushaltsmitteln ist das nicht zu machen. Deshalb:

Vermögen in Verantwortung nehmen – Reichtum besteuern.

Reichtum ist wie Mist - auf einem Haufen stinkt er. Gut verteilt bringt er das Land zum Blühen!

Alte Weisheit

Öffentliche Aufgabe: Gute Bildung für Alle

Wissenschaft und Politik sind sich einig: Bildung ist die Grundlage für die weitere Entwicklung unserer Gesellschaft.

Doch das Bildungswesen in Bremen – Kinderkrippe und Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Universität - ist seit Jahren unterfinanziert. Unterricht und Betreuung fallen aus, weil Personal fehlt. Die Ganztagsplätze in Kitas und an Schulen reichen vorne und hinten nicht. Studiengänge werden geschlossen, wissenschaftliche Mitarbeiter und Professoren werden nicht ersetzt. Mehrere Hundert Millionen Euro müssen dafür in die Hand genommen werden. Mit bisherigen Haushaltsmitteln ist das nicht zu machen. Deshalb:

Vermögen in Verantwortung nehmen – Reichtum besteuern.

Unsere Schuldenbremse heißt **UmFairteilen**. Reichtum stärker besteuern.

Wir fordern für Bremen:

- **Einen solidarischen Länderfinanzausgleich**, der die besonderen Belange Bremens als Stadtstaat berücksichtigt.
- **Einen Altschuldenfonds** zu Tilgung der Schuldenlasten, damit Länder und Kommunen wieder Luft für Investitionen haben.

Dauerhaft wird aber ein soziales, gerechtes und lebenswertes Bremen nur zu finanzieren sein durch

- **Erhöhung des Spitzensteuersatzes**
- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Vermögen größer als eine Million Euro**
- **Reform der Erbschaftssteuer nach den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts**
- **Ersatz der 25% Abgeltungssteuer bei Kapitalerträgen durch Besteuerung gemäß Einkommenssteuer**
- **Konsequente Unterbindung von Steuerflucht und konsequenter Steuervollzug**

Nach seriöser Berechnung im Steuerkonzept von ver.di könnte Bremen so mit **Steuernehreinnahmen von 600 Millionen Euro** pro Jahr rechnen.

Wir erwarten von allen Parteien ein ernsthaftes Eintreten für eine andere Steuerpolitik, auf allen Ebenen, über Lippenbekenntnisse hinaus. Verantwortung zwischen Bund, Ländern und Kommunen hin- und herschieben gilt nicht. Wir bleiben dran.

Bremer Bündnis **UM fairTEILEN** **Reichtum besteuern**

Das Bündnis wird getragen von: Aktionsbündnis Menschenrecht auf Wohnen, Arbeiterwohl- fahrt, ATTAC, Betriebsrat Assistenzengeossenschaft Bremen, Bremer Bündnis Soziale Arbeit, Deutscher Gewerkschaftsbund mit GEW / IGM / NGG / ver.di, Die Linke, Gesamtpersonalrat Bremen, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt,

Kontakt: bremen@attac.de

Mehr Infos: www.umfairteilen.de